

Bericht und Abänderungsantrag

des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer EntschlieÙung (Beilage 811) betreffend Veröffentlichung von Studien über den Neusiedler See (Zahl 22 - 596) (Beilage 891).

Der Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Veröffentlichung von Studien über den Neusiedler See, in seiner 15. Sitzung am Mittwoch, dem 23. Juni 2021, beraten.

Landtagsabgeordneter Kilian Brandstätter wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach seinem Bericht stellte Landtagsabgeordneter Kilian Brandstätter einen Abänderungsantrag.

Danach erfolgten Wortmeldung der Landtagsabgeordneten Mag.^a Regina Petrik und Robert Hergovich.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der vom Landtagsabgeordneten Kilian Brandstätter gestellte Abänderungsantrag mehrheitlich (SPÖ gegen ÖVP) angenommen.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Veröffentlichung von Studien über den Neusiedler See, unter Einbezug der vom Landtagsabgeordneten Kilian Brandstätter beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Eisenstadt, am 23. Juni 2021

Der Berichterstatter:
Kilian Brandstätter eh.

Der Obmann:
Mag. Christian Dax eh.

*Frau
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
Verena Dunst
Landhaus
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt, am 23. Juni 2021

Abänderungsantrag

der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Erwin Preiner, Kolleginnen und Kollegen zum selbständigen Antrag, 22 – 596, welcher abgeändert wird wie folgt:

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

des Burgenländischen Landtages vom betreffend Veröffentlichung von Studien über den Neusiedler See

Um für die eigene Arbeit in Politik und Verwaltung die nötige fachliche Expertise zu erhalten, beauftragt und finanziert die Landesregierung im Bedarfsfall Studien zu verschiedenen Themen und mit unterschiedlichen KooperationspartnerInnen. Durch die Erhebung von Daten durch ExpertInnen bzw. Sachverständige verschiedenster wissenschaftlicher Disziplinen erhält die Landesregierung Grundlagen zur Beurteilung der Durchführbarkeit und Sinnhaftigkeit von MaÙnahmen.

In der Regel dienen die in Auftrag gegebenen Studien bzw. deren Ergebnisse daher als interne Entscheidungsgrundlage für die Landesregierung. Gerade auch die gelebte Praxis der Bundesministerien zeigt, dass solche Studien nicht (immer) veröffentlicht werden. Ob eine Studie veröffentlicht wird, hängt von zahlreichen Faktoren ab. Zu nennen sind hier beispielsweise die Vereinbarung mit den Auftragnehmern aber auch die Sensibilität des Inhaltes sowie das Informationsinteresse der Öffentlichkeit.

Eine Praxis in Richtung eines Automatismus, jede in Auftrag gegebene Studie zu veröffentlichen, ist daher nicht sinnvoll und findet auch auf Bundesebene nicht statt. Darüber hinaus sieht die Landesverfassung auch rechtliche Grenzen der Informationsweitergabe vor, nämlich die Amtsverschwiegenheit.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Veröffentlichung von Studien entsprechend der Antragsbegründung zu bewerten und nach Möglichkeit umzusetzen.